

auch nur in anderem epistemologischen Gewande?

Arno Mohr

Politisches System der Bundesrepublik Deutschland

Faas, Thorsten. *Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland*. Baden-Baden. Nomos 2010. 510 Seiten. 79 €.

Die drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit aufgrund der Weltwirtschaftskrise gehört noch immer zu den Standardklärungen für den Untergang der Weimarer Republik und die Machtergreifung der NSDAP in den 1930er Jahren. Auch die aktuellen massiven politischen Unruhen in Nordafrika werden unter anderem auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der Region zurückgeführt. Arbeitslosigkeit wird also unter sehr verschiedenen historischen Umständen ein regime- und demokratiegefährdender Einfluss zugeschrieben. Doch welche Wirkungen hat Arbeitslosigkeit auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen: Mobilisierung, Radikalisierung oder Apathie? Dieser Frage geht Thorsten Faas in seinem zuvor bei der Universität Duisburg-Essen als Dissertation eingereichten Werk „Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten“ am Fall von Deutschland seit den 1980er Jahren nach. Seine Ergebnisse sind dabei so interessant und gleichzeitig beunruhigend für die Demokratie Deutschlands, dass sich die Vernachlässigung dieses Themas in der deutschen Politikwissenschaft der letzten Jahrzehnte nachträglich als umso schmerzlicher erweist.

In einem beeindruckenden Kraftakt hat Faas Datenmaterial aus einer Vielzahl nationaler und internationaler Wahl- und Einstellungsbefragungen der letzten 30 Jahre zusammengestellt und analysiert. Besonderes Interesse weckt hierbei der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland: nach der Wiedervereinigung entwickelte sich Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern schnell vom weitgehend unbekanntem Zustand zum Massenphänomen (119). Faas untersucht deshalb, ob sich dieser drastische Bruch mit der Erwerbsorientierung des DDR-Systems in den politischen Reaktionen der ostdeutschen Wähler widerspiegelt. Ausgangspunkt für die umfassende empirische Analyse ist die These, dass Arbeitslosigkeit als sozialstruktureller Einflussfaktor keine natürlich gegebene direkte Wirkung auf das Wählerverhalten ausübt, sondern seine Wirkungen sich erst über bestimmte vermittelnde Mechanismen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen ergeben (25). Auch wird Arbeitslosigkeit nicht lediglich als dichotomes Merkmal untersucht: die subjektiven Arbeitslosigkeitserfahrungen ergeben sich bei Faas vielmehr aus der individuellen Erwerbskarriere sowie aus Erfahrungen auf verschiedenen Kontextebenen, in die ein Mensch eingebunden ist (39). So führt die Argumentationskette der Arbeit (66) von den unmittelbaren und kontextbasierten Erfahrungen über eine Vielzahl vermittelnder Faktoren, die sich wiederum auf die politischen Einstellungen auswirken und schließlich in dem eigentlichen Wählerverhalten münden. Vermittelnde Faktoren stellen hierbei finanzielle Folgen, Wahrnehmungen der allgemeinen und individuellen Wirtschaftslage, Gerechtigkeitsempfinden und zuletzt die globale

Lebenszufriedenheit dar. Der Einfluss dieses so genannten „Pakets Arbeitslosigkeit“ auf politische Einstellungen zur eigenen Rolle, Politikinhalt, dem politischen Prozess und dem politischen System übersetzt sich schließlich in Wahlbeteiligung und Parteienwahl. Entgegen der Mobilisierungsthese zeigt sich in den meisten Jahren ein stark demobilisierender Einfluss auf die elektorale Partizipation, so dass Arbeitslose auch nach dem Einbezug anderer sozialstruktureller Kontrollen eine deutlich niedrigere Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung aufweisen (379-381). Dieser negative Einfluss lässt sich auch allgemeiner für wirtschaftlich schlechter gestellte Personen feststellen. Dass es sich bei dieser Wirkung, wie es Verba und Scholzman vor 30 Jahren in ihrem Buch „Injury to Insult“ für die USA festgestellt haben, lediglich um einen Kompositionseffekt handelt, zeigt sich in Deutschland nicht. Vielmehr findet *Faas* deutliche vermittelnde Effekte der wahrgenommenen individuellen wirtschaftlichen Lage, was auf Ressourceneffekte schließen lässt (380; 474). Diese Ergebnisse stellen der deutschen Demokratie ein äußerst beunruhigendes Zeugnis aus, die ihrer Grundlage einer über Bevölkerungsschichten gleichen Bürgerbeteiligung entbehrt. Dass Arbeitslosigkeit einen besorgniserregenden Faktor für die politische Ordnung darstellt, zeigt sich auch in ihrer negativen Wirkung auf die Demokratiezufriedenheit (355) und die Zustimmung zur Idee der Demokratie an sich (359). Gerade für die neuen Bundesländer, in denen Demokratie als relativ neues Regime besteht, zeigen sich von bereits geringem Niveau ausgehend weitere mit Arbeitslosigkeit verbundene Erosionserscheinungen.

Einen besonderen Wert entwickelt die Studie dadurch, dass *Faas* die Ergebnisse seiner quantitativen Empirie immer auch differenziert in den sich verändernden politischen Kontext einbindet. So geht beispielsweise im Wahljahr 1998 eine überraschende mobilisierende Wirkung von regionaler und eigener Arbeitslosigkeit aus, die *Faas* mit den Erwartungen an die SPD nach langer schwarz-gelber Regierung erklärt (386-387). Mit der SPD als Regierungspartei verfestigten sich allerdings die genuinen Verbindungen zwischen Arbeitslosen und der Partei „Die Linke“ (431). Der Einfluss von Arbeitslosigkeit auf politische Einstellungen und Wählerverhalten unterliegt also je nach wirtschaftlichem und politischem Kontext teilweise erheblichen Schwankungen.

Die detaillierte theoretische Argumentationskette wirft zunächst Zweifel daran auf, inwiefern sich die Sequenz solch einer Vielzahl vermittelnder Faktoren innerhalb des Argumentationsbogens empirisch operationalisieren lässt. Die Aussagen darüber, in welchem Maße sich die einzelnen vermittelnden Faktoren letztlich als Stellenschrauben für den Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das Wählerverhalten erweisen, lassen dementsprechend auch an einigen Stellen Fragen offen. So beeinflusst beispielsweise eigene Arbeitslosigkeit die wahrgenommene Wirtschaftslage (185, 194), und diese beeinflusst die maximale Parteibewertung (350). Bei ausbleibendem direktem Einfluss von Arbeitslosigkeit auf die Parteibewertung bleibt *Faas* indes den Nachweis für den von ihm beschriebenen vermittelten Effekt (349) schuldig. Diese wenigen Stellen der Unklarheit können allerdings nicht den

Gesamtwert der Publikation schmälern.

Insgesamt bietet die detaillierte Analyse interessante Einblicke in die *black box* zwischen sozialstrukturellen Merkmalen, Kontexterfahrungen und politischem Verhalten. *Thorsten Faas* hat die Aufdeckung und Erklärung dieser komplexen Zusammenhänge in seiner lesenswerten Studie einen großen Schritt voran gebracht.

Melike Wulfgramm

Politische Systeme

Shapiro, Ian, Susan C. Stokes, Elisabeth Jean Wood, and Alexander S. Kirshner (Hg.). *Political Representation*. New York. Cambridge University Press 2009. 368 Seiten. 24,79 €.

„Sie repräsentieren uns nicht“, lautete ein Slogan spanischer Demonstranten im Frühjahr 2011. Der Repräsentationsbegriff zielt auf den Kern politischer Herrschaft. Die Frage nach der Legitimität politischer Repräsentation ist politikwissenschaftlich grundlegend. Sie verweist auf die normative wie die funktionale Dimension demokratischer Systeme, auf das Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Allgemeinheit und regierender Elite, Interessen und ihrer Vertretung.

So allgegenwärtig und zentral der Begriff, so wenig eindeutig seine Bedeutung. Auf die dem Begriff innewohnenden Paradoxien verwies bereits Hanna Fenichel Pitkin in ihrem 1967 erschienenen Standardwerk *The Concept of Representation*. Ihre weite Definition „the making present *in some sense* of something which is nevertheless *not* present literally or in fact“ (9) kann bis heute eine gewisse Gültigkeit bean-

spruchen, ebenso ihre Unterscheidung einer formalen, deskriptiven, symbolischen und substantiellen Ebene von Repräsentation. Der Sammelband *Political Representation*, herausgegeben von ausgewiesenen Experten des Fachs wie *Ian Shapiro*, *Susan C. Stokes*, *Elisabeth Jean Wood* und *Alexander S. Kirshner*, diskutiert nicht nur Bedeutungen und Paradoxien des Repräsentationsbegriffs. Ziel des Bandes ist es, „to explore the relations between representation and democracy, better to understand the tensions between them, and to help work toward an understanding of representation that is both satisfying in its own right and comfortable with democratic understandings of political legitimacy“ (1).

Hierzu setzen die Herausgeber die Auseinandersetzung mit politischer Repräsentation im ersten Kapitel (I) bereits bei „Representation before representative democracy“ (15-61) an. Der Beitrag von *David Runciman* (15-34) markiert in Abgrenzung zu Pitkin die Möglichkeiten, welche die Philosophie von Thomas Hobbes demokratiethoretisch bereithält, nämlich, Repräsentation nicht reduktiv – begrenzt auf das Verhältnis von Repräsentierenden und Repräsentierten –, sondern im Wechselspiel zwischen Individuen, Regierungen und Staaten und damit in der nötigen Komplexität zu denken (32). *Mark Knight* analysiert in seiner genauen historischen Studie Möglichkeiten der Partizipation und „temporärer“ Repräsentation (39) britischer Bürger im vormoderne Großbritannien *jenseits* von Wahlen und direkter Repräsentation (35-61).

Die Diskussion (moderner) „Theories of political representation“ des zweiten Kapitels (II) (61-139) eröffnet *Philip Pettit* (61-89), der gerade den „Link“,